

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Doris Bures  
Parlament  
1017 Wien

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 9043/J-NR/2016 betreffend Umgang von Muslimen mit weiblichem Lehrpersonal, die die Abg. Carmen Schimanek, Kolleginnen und Kollegen am 19. April 2016 an meine Amtsvorgängerin richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 6:

- *Sind solche und ähnliche Fälle dem BMBF bekannt?*
- *Werden diese Fälle seitens des BMBF dokumentiert?*
- *Wenn ja, wie viele dieser Fälle ereigneten sich in den Jahren 2014 und 2015?*
- *Gibt es bereits Maßnahmen diesen Entwicklungen gegen zu steuern?*
- *Wenn ja, welche?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Die nicht näher konkretisierten geschilderten Vorfälle thematisieren sozial unerwünschte Verhaltensweisen von Schülerinnen und Schülern bzw. deren Eltern. Natürlich ist es im Sinne des Art. 14 B-VG iVm. § 2 Schulorganisationsgesetz unter anderem auch erzieherisches Ziel der Schule, soziale Normen und Werte zu vermitteln und einen achtungsvollen Umgang miteinander zu fördern.

Da soziale Normen und deren Einhaltung stets im Lichte des Moments und des Umfelds kontextualisiert werden müssen, besteht zu diesem mannigfaltigen Feld jedoch keine Möglichkeit, zentrale kasuistische Vorgaben und Erhebungen durchzuführen. In Fällen, in denen nicht nur soziale Normen weit überschritten werden, sondern auch Rechtsnormen, sind selbstverständlich alle nötigen Konsequenzen zu veranlassen. All dies hat zweckmäßigerweise dezentral unter autonomer Wahrnehmung der Verantwortlichkeiten zu erfolgen.

Wien, 16. Juni 2016  
Die Bundesministerin:

Dr.<sup>in</sup> Sonja Hammerschmid eh.

Minoritenplatz 5  
1010 Wien  
Tel.: +43 1 531 20-0  
Fax: +43 1 531 20-3099  
ministerium@bmbf.gv.at  
www.bmbf.gv.at



